



Frag die Direktkandidat*innen

Hier könnt ihr euch über Direktkandidaten im Wahlkreis 23 Hamburg-Bergedorf – Harburg informieren!

Es wurden alle Direktkandidat*innen der Parteien eingeladen, die eine gute Chance haben in den Bundestag einzuziehen. Von diesen haben Stephan Jersch (DIE LINKE), Manuel Sarrazin (Grüne), Metin Hakverdi (SPD) und Uwe Schneider (CDU) zugesagt, Fragen der Studierenden zu beantworten.

Die Fragen wurden anonym von Studierenden der TUHH über ein online Formular gestellt. Ein paar Fragen wurden zusammengefasst, um Doppelungen zu vermeiden und andere umformuliert, um neutraler zu sein. Die Mehrheit der Fragen wurden eins zu eins übernommen. Die englischen Fragen sind auf Deutsch eingeflossen und wurden auf Englisch gestellt. Diese sind ganz am Ende zu finden. Die meisten Fragen, die gestellt wurden, betreffen die TUHH direkt und beziehen sich fast hauptsächlich auf die finanzielle Lage der TUHH.

Stephan Jersch hat alle Fragen beantwortet, Metin Hakverdi und Uwe Schneider haben nur ausgewählte Fragen beantwortet. Metin Hakverdi hat sich auf die Harburg betreffenden Fragen konzentriert. Manuel Sarrazin hat nicht mehr geantwortet. Oben Links ist zu sehen wer die Fragen auf der Seite beantwortet hat. Wir sind dankbar für jede Antwort und je mehr Antworten gegeben wurden, umso dankbarer.

Für die Antworten sind die Kandidaten selbst verantwortlich.

Viel Spaß beim Lesen und nicht vergessen: **Geht wählen! Jede Stimme ist wichtig!** Und falls ihr nicht Wahlberechtigt seid, könnt ihr trotzdem politisch aktiv sein.



Was haben Sie bisher im Leben gemacht? Welche Stärken und Wissensbereiche bringen Sie auf Bundesebene als Hamburger*in ein?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ich versuche mal darauf zu verzichten hier den Grundstein für meine Memoiren zu legen und ganz grob anzureißen was mir bisher wichtig war. Ich habe ganz normal in der katholischen Provinz die Schule besucht und bin nach dem Abi schnellstmöglich von zu Hause ausgezogen und habe mich an einem BWL-Studium in Saarbrücken versucht, allerdings dann abgebrochen und bin als Quereinsteiger in der IT für und in Banken gelandet und bin seit 2010 in der IT eines Logistik-Konzerns beschäftigt. Durch das Mandat in der Hamburgischen Bürgerschaft habe ich das auf 25 Wochenstunden reduziert.

Ich bin seit meiner Zeit am Gymnasium immer politisch aktiv gewesen, weil ich der festen Überzeugung war, dass man sich dafür engagieren muss, wenn einem etwas nicht passt – und da habe ich mir den Auftrag des Grundgesetzes, dass Parteien an der Willensbildung des Volkes mitarbeiten, zu Herzen genommen. Über die ersten Einschränkungen von Sozialleistungen in der Sozialliberalen Koalition, den NATO-Doppelbeschluss bis heute zur Klimakatastrophe hat mich das begleitet. Nebenher habe ich versucht einige (partyfreie) Ecken dieser Welt zu entdecken.

Politisch bin ich über die SPD zur DKP und 1990 dann zur PDS gekommen. Örtlich ging es vom Rheinland über das Saarland in den Landkreis Stade und 1997 nach Hamburg.

Von 2008 bis 2014 war ich Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in Bergedorf und 2015 bin ich über die Landesliste in die Bürgerschaft gewählt worden. 2020 habe ich das Mandat dann über den Wahlkreis erneut gewonnen.

Bedingt durch die Arbeit in der Bürgerschaft liegt mein Schwerpunkt in der Umwelt- und Klimapolitik. Es ist mir da wichtig, dass die ‚klassische‘ Umweltpolitik von Artenvielfalt über Schadstoffemissionen oder Lärmbelastung nicht im Windschatten der Klimadiskussion übergangen wird. Nichtsdestotrotz ist ‚Klima‘ und ‚Energie‘ mit ihren Anforderungen für einen Systemwechsel für eine sozial-ökologische Transformation natürlich die Basis für eine zukunftsorientierte Politik. Aber nicht vergessen möchte ich das Thema Tierschutz, für das ich auch in der Bürgerschaftsfraktion verantwortlich zeichne und bei dem es auch sehr viel Nachholbedarf in Hamburg und der Bundesrepublik gibt.

Uwe Schneider (CDU)

Seit 2008 bin ich in der Kommunalpolitik hier vor Ort in der Bezirksversammlung Harburg engagiert und daher ist mir dieser Teil meines Wahlkreises in allen Facetten bekannt. Als Familienvater (mit zwei Kinder im Alter von 17 und 8 Jahren) kenne ich die großen und kleinen Probleme der Familien hier in meinem Wahlkreis. Daher ist es mein Anliegen, mich für sämtliche Belange der Familien, egal wie das Familienmodell aussieht, einzusetzen. Besonders liegen mir die Handwerksbetriebe, der Handel, das Dienstleistungsgewerbe und die Industriebetriebe - kurzum der Mittelstand, als wichtige Säule unserer Wirtschaft - am Herzen. Als Sohn eine Bäckerfamilie, mittlerweile in der dritten Generation tätig, weiß ich, dass es hier notwendig ist, unbürokratische und pragmatische Unterstützung zu gewährleisten.

Harburg, Bergedorf und Wilhelmsburg müssen noch mehr in den Fokus der Politik rücken. In meinem Wahlkreis liegt so viel Potenzial: als Wissenschaftsstandort, Innovationsstandort, Wohnstandort, Erholungsstandort und vieles mehr. Da gilt es in Berlin noch mehr rauszuholen, um die Entwicklung bei uns vor Ort weiter zu stärken, so dass die Menschen davon profitieren. Ein Beispiel: Hier im Süden Hamburgs, wo Großstadtflair und ländliche Idylle aufeinandertreffen, ist es ideal für Familien zu leben und diese Pfund an Lebensqualität gilt es zu schützen. Dafür möchte ich mich für Bergedorf, Harburg und Wilhelmsburg im Deutschen Bundestag einsetzen.



Was ist Ihr größter Fehler als Politiker*in? Welche Fehler sind Ihnen in den letzten vier Jahren unterlaufen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ich bin zu ungeduldig und verordne mir daher bei viele Dingen ein ‚Einmal drüber schlafen‘ bevor ich mich an die Arbeit mache. Mit Spontanreaktionen werden immer mal wieder Punkte übergangen, die für eine Gesamteinschätzung einfach notwendig sind und mit einem nicht durchdachten Plan an den Start zu gehen ist mir unangenehm.

Mir sind keine Fehler unterlaufen, zumindest keine die außenwirksam gewesen wären ...und kurz noch auf Holz klopfen. Ansonsten könnte ich allerhöchstens anführen, dass ich vielleicht den ein oder anderen Dissens hätte (früher) austragen können oder müssen, je nach Sichtweise.

Welche Veränderungen haben Sie in den letzten vier Jahren konkret bewirkt?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

So schwierig es ist Veränderungen aus der Opposition heraus zu initiieren, denke ich, dass die Frage des Ersatzes des Kohleheizkraftwerks Wedel da ganz vorne steht und der Senat zwar den Ersatz nicht merkbar beschleunigt hat und auch den Kohleinsatz nicht, wie von uns beantragt, nur noch als Backup zu anderen Wärmequellen betreibt, aber zumindest eine Reduzierung der Kohlemenge zugesagt hat. Ein anderer Erfolg ist nach meiner Einschätzung, dass der Tierschutz, zumindest mit kleinen Dingen, wieder in die Diskussion gekommen ist. Hier hatte sich jahrelang nichts mehr in Hamburg bewegt, außer leeren Versprechungen. Die Regierungskoalition musste handeln und tut dies zwar immer noch nicht bei der Frage der Tierversuche, hat aber kleinere Punkte, wie das Verbot der Präsentation von Tieren auf Jahrmärkten oder den Verkauf lebender Tiere auf Wochenmärkten realisiert. Daneben gibt es noch Themen wie die Umweltbelastung durch den Flughafen und den Erhalt der Kleingärten, bei den sich zwar nichts bewegt, aber zumindest der Fokus soweit darauf liegt, dass der Abwärtstrend für die Hamburgerinnen und Hamburger nicht weitergeht.

Und schlussendlich vielleicht noch der Einsatz von Sulfurylfluorid beim Holzexport, der nach meinen Anfragen bundesweit zum Thema wurde. Hier wird, fast ausschließlich für den chinesischen Exportmarkt ein Treibhausgas eingesetzt das fast 5000fach wirksamer als CO₂ ist und bisher statistisch in keine Klimabilanz einfluss. Alleine für Hamburg sind das klimawirksame Mengen wie von einem mittleren Kohlekraftwerk. Die Umweltministerkonferenz hat sich damit beschäftigt, allerdings mit dem gewohnt langsamen Vorgehen und die TU HH wurde mit einem Vorgutachten beauftragt.



Was halten Sie vom Gendern? Wie reagieren Sie, wenn gegendert wird? Gendern sie im normalen Sprachgebrauch, bei Reden und oder im Schriftverkehr?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ist für mich völlig okay. Ich versuche darauf Rücksicht zu nehmen, weil ich glaube, dass das sprachliche Ausklammern von Menschen nicht respektvoll sein kann. Demzufolge gendere ich an möglichst allen Stellen, aber nur mit den ausgesprochenen Formen, weil ich finde, dass Schriftsprache nicht von der gesprochenen Sprache abweichen sollte. Vielleicht bin ja ein wenig kleinkariert, aber Doppelpunkte, Gendersternchen und großes ‚I‘ kann ich nicht sinnvoll sprechen – das löse ich immer in zwei Wörter auf.

Uwe Schneider (CDU)

Sprache führt Menschen zusammen. Das verhindert die Gendersprache künstlich. Im alltäglichen Umfeld, wie am Stammtisch, im Sportverein und anderen Bereichen des täglichen Lebens wird diese Sprache nicht benutzt. Viele Leute verstehen diese gar nicht, was dazu führt, dass Menschen schlechter miteinander kommunizieren können, Missverständnisse entstehen und dass Menschen die Teilnahme an Gesprächen verwehrt wird. Dieser strukturelle Ausschluss von Menschen ist fatal, vor allem in der Politik, wo viele Menschen durch die Gendersprache nicht mehr erreicht werden. Deswegen lehnen wird die Gendersprache ab. Hinzu kommt, dass die Gendersprache Formen, die in der amtlichen Regelung der deutschen Rechtschreibung nicht existieren, wie „Bäcker*innen“, „Bäcker_innen“ oder „Bäcker:innen“, erfindet. Wir finden die von der SPD und den Grünen in Hamburg vereinbarten Regelungen der Gendersprache in Behörden inakzeptabel.

Deswegen setzen wir uns gegen die Gendersprache und für die Einhaltung der deutschen Grammatikregeln in staatlichen Einrichtungen ein.



Was halten Sie von der Idee Bioprodukte für alle? Wenn Sie für diese Idee sind, wie soll dies erreicht werden?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Gute Idee und ein mittelfristiges Ziel der Sozial-, Gesundheits- und Agrarpolitik. Der Anteil der Bio-Produkte muss in der Landwirtschaft gesteigert, die Massentierhaltung verboten werden. Das bedarf aber auch eines existenzsichernden Einkommens für alle, damit die wegfallenden Dumpingangebote nicht dazu führen, dass Menschen sich ihr Essen nicht mehr leisten können – wobei die Tafeln ja schon heute ein deutliches Zeichen dafür sind, dass dieser Punkt schon überschritten wurde. Der beste Ansatz ist bei den Erzeugerinnen und Erzeugern anzusetzen und die Agrarförderung weg von der Flächen- hin zur Qualitätsförderung umzustellen. Damit sollte am Ende ein Mix aus Bio und Regional für die Nahrungsmittelversorgung entstehen.

Was halten Sie von einer veganen Lebensweise? Wie wollen Sie diese fördern? Wie verhalten Sie sich diesbezüglich?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Vegane Lebensweise ist eine persönliche Entscheidung. Die Gründe dafür sind nachvollziehbar und mit einer entsprechenden Rücksicht auf die Ausgewogenheit der Ernährung auch kein Problem. Ich halte allerdings nichts davon Menschen auf den Teller zu greifen – das ist ein heikles und schwer vermittelbares Thema. Ich würde mich aber immer dort für ein zusätzliches veganes Angebot einsetzen wo Menschen nicht die Möglichkeit haben selbst auszuweichen. Z.B. in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Bei vegetarischen Gerichten hat sich dies ja schon relativ breit durchgesetzt. Ansonsten setze ich auf die Entscheidung jedes und jeder einzelnen bei der Wahl der eigenen Ernährung.



Welchen Beitrag zur Lösung der Klimakrise tragen Sie und Ihre Partei bei? Was wollen Sie vor Ort in Harburg gegen den Klimawandel unternehmen? Was tun Sie persönlich gegen die Klimakrise?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ich will es mal ganz grob beantworten: Wir wollen den Umbau der Gesellschaft und eine sozial-ökologische Transformation mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2035. Das bedeutet massive Investitionen in den ÖPNV, die Bahn, die Sicherung von Arbeitsplätzen, die energetische Gebäudesanierung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dazu haben wir eine Steuerreform vorgeschlagen mit der dies finanziert werden kann. Wir wollen Klimagasemissionen mit ordnungspolitischen Vorgaben begrenzen, um nicht für eine neue gesellschaftliche Spaltung zu sorgen, in die die sich den CO2-Preis leisten können und jene die dazu nicht in der Lage sind. Unternehmen, die für den Umbau Förderungen erhalten müssen im Gegenzug dem Staat Einfluss einräumen. Der gesamte Prozess soll mit Transformationsräten unter Einbeziehung der Gewerkschaften begleitet werden. Ganz grob will ich es dabei belassen.

Für Hamburg verlangen wir das Ende der Schuldenbremse für Klimamaßnahmen – es darf keinen Finanzierungsvorbehalt geben. Wir brauchen Bürgerinnen- und Bürgerräte, die Vorschläge erarbeiten, um das ganze Projekt zu einem wirklichen Mitmachprojekt zu machen. Wir wollen, dass der Hamburger Klimaplan verschärft wird, es ein Ausstiegsgesetz aus dem Erdgas gibt und, dass der Sektor der Industrie mehr zu den Klimazielen beiträgt. Die Vielzahl der freiwilligen Maßnahmen hier muss auf ihre Wirksamkeit überprüft werden und ggf. in verbindliche Vorgaben überführt werden. In Hamburg setzen wir uns für die Stadtbahn ein und ein 365 Euro-Ticket als ersten Schritt hin zum kostenlosen Nahverkehr.

Ich persönlich setze mich natürlich politisch für ein klimabewußtes Leben ein. Privat heißt das ÖPNV und nur in Terminnot ein Auto, weniger Fleisch auf dem Teller und bei allen Anschaffung ein Auge auf die Haltbarkeit der Produkte. Aber letztendlich kann man nicht alles abwägen und seine private Lieferkettenbeurteilung erstellen – da ist wieder die Politik gefragt.

Uwe Schneider (CDU)

Unser Ziel ist es über soziale Marktwirtschaft, neue Technologien und Innovationen einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz zu leisten. Diesbezüglich lehnen wir Verbote, Gängelung oder zunehmende Bevormundung ab. Da Hamburg ein wichtiger Standort der Luftfahrtindustrie ist und somit tausende Arbeitsplätze von diesem abhängen, ist es uns besonders wichtig, dass das Fliegen zukünftig klimaneutral wird. Dafür wollen wir in klimaneutrale Kraftstoffe, wie zum Beispiel E-Fuels, investieren. Mit dem Ansatz der CDU ist es möglich, die Klimaschutzziele zu erreichen. Zudem können durch unseren Ansatz Innovationen und Technologien zum Exportschlager für die deutsche Industrie werden, da die Klimaziele mit einem nationalen Alleingang nicht erreicht werden können. Mit diesem Plan können wir auf der einen Seite dem weltweiten Klimawandel konsequent entgegenwirken und zusätzlich neue Arbeitsplätze in Deutschland schaffen.

Die CDU wird so die Transformation Deutschlands zum klimaneutralen Industrieland bis 2045 umsetzen. Dabei sind die Pariser Klimaziele die Grundlage für unsere internationale Verantwortung als Industrieland. Darunter fallen Maßnahmen, wie die verbindliche Umsetzung von Treibhausgasneutralität bis 2045, internationale Klimakooperationen, den Emissionshandel auszubauen oder auch Klimaschutz mit Innovationen und neuen Technologien voranzutreiben.



Was sind Ihre Konkreten Handlungsempfehlungen, damit das Pariser Klimaschutzabkommen eingehalten wird? Wie soll dies Finanziert werden? Wie weit würden Sie gehen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Das deckt sich teilweise mit der vorhergehenden Frage. Es geht, vielleicht dann etwas erweitert, darum alle mit ins Boot zu holen. Ängste über die Arbeitsplatzsicherheit müssen abgebaut werden und alle sollen sich einbringen können – nicht nur die bekannten Stakeholder. Vor allem wird der Markt es nicht richten. Der bis jetzt flächendeckend versagt und das muss jetzt, angesichts der fehlenden Zeit, durch gesetzliche Vorgaben ersetzt werden. Als Finanzierung schlagen wir eine Steuerreform vor, bei der (ganz grob) alle Einkommen gleich besteuert werden und hohe und sehr hohe Einkommen mit höheren Steuersätzen belegt werden. Dazu wollen wir die Vermögenssteuer wieder einführen und eine Finanztransaktionssteuer einführen. Zusätzlich wollen wir, auf 20 Jahre verteilt, eine Vermögensabgabe einführen. Bei allem sehen wir großzügige Freibeträge vor um ‚Oma ihr Häuschen‘ natürlich nicht mit einzubeziehen. Letztendlich wollen wir die jahrzehntelange Umverteilung von Unten nach Oben umkehren – wer hat der gibt.

Wie groß sollte die Rolle von Carbon Capture (CO₂-Abscheidungs) Technologien in der Bewältigung des Klimawandels sein? Würden Sie für erhebliche Investitionen und Subventionen für die Entwicklung und den Ausbau solcher Lösungen stimmen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ich halte CCS für eine Randerscheinung, die mit dem Verweis auf die Lösung der Klimakrise durch technischen Fortschritt ‚Druck aus dem Kessel‘ nimmt, um es mal lax zu sagen. Lösungen bei denen das CO₂ weiterverwendet wird können tatsächlich ein Beitrag zu den Klimazielen sein. Das reine Abscheiden und Speichern kann keine Lösung darstellen. Damit bewegen wir uns in Richtung der Endlagersuche für atomare Rückstände. Wenn es also um eine produktive Weiternutzung des CO₂ geht, dann kann man über Investitionen nachdenken. Grundsätzlich ausschließen würde ich sie nicht.



Wie lassen sich Umweltschutz und unternehmerische Ambitionen vereinen und wie wollen Sie Student*innen in dieser Hinsicht unterstützen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Da würde ich erstmal die ‚unternehmerische Ambitionen‘ hinterfragen. Im besten Fall gibt es keinen Widerspruch der irgendwie geheilt werden müsste. Wenn es sich z. B. um ein gemeinwohlorientiertes Unternehmen handelt, dann ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass natürlich der Umweltschutz ein integraler Bestandteil der unternehmerischen Ambitionen ist. Gerade auch aus diesem Grund gilt unser Augenmerk auch der Besserstellung genossenschaftlicher und gemeinwohlorientierter Unternehmen, damit diese die gleichen Möglichkeiten haben wie ‚klassische‘ Unternehmen. Im Zuge der sozial-ökologischen Transformation kommen Investitionen in klimaverträgliche Forschungen hinzu über deren Verwendung die von uns geplanten Transformationsräte entscheiden. Hier geht es auch darum regionale Wirtschaftsstrukturen zu befördern. Wir fördern unternehmerische Ambitionen, wenn es um (klimaschonende) Innovation, um regionale Wirtschaftsstrukturen, um sozial faire Arbeitsbedingungen geht.

Wir werden mit erheblichen Problemen durch Klimawandel und dem demografischen Wandel zu tun haben. Was möchten Sie und Ihre Partei daher für uns, die junge Bevölkerung, in der Zukunft tun?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Grundsätzlich und ganz unabhängig von Jung oder Alt setzen wir uns für die Generationengerechtigkeit ein. Und ganz unabhängig vom Klimawandel und den Veränderungen für alle Generationen ist es unser Ziel mit einem starken Sozialsystem, einer Grundsicherung, gut bezahlter sozialversicherungspflichtiger Arbeit dafür Sorge zu tragen, dass kein Kind oder Jugendlicher mit Existenzängsten aufwachsen muss. Wir wollen die Arbeitsbedingungen verbessern, die öffentliche Daseinsvorsorge in staatliche Hände überführen und damit Profitinteressen eine Absage erteilen. Wir sorgen dafür, dass wir ein solidarisches Rentensystem schaffen, das unabhängig von der Arbeitsbiografie eine auskömmliche Rente sichert. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Klimawende soll gestärkt werden, um deren spezifische Interessen zu berücksichtigen.

Wie viel von unserem Lebensstil werden wir aufgeben müssen, um die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen zu erhalten?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Da sage ich jetzt mal wirklich ganz platt (sorry): Nichts, wobei das natürlich davon abhängt, wie der jetzige Lebensstil aussieht. Natürlich wird es Änderungen für das Konsumverhalten geben. Flugreisen werden vermutlich seltener und eher für Mittel- und Langstrecken genutzt, das eigene Auto in der Garage wird immer überflüssiger – aber nicht unmöglich. Normale Konsumgegenstände werden als Teil der Kreislaufwirtschaft entworfen, der Mett-Igel wird eher eine Seltenheit. Kurzlebige Ex- und Hopp-Produkte verschwinden und werden von langlebigen Gütern ersetzt.



Sind Sie dafür, dass zukünftig ab 16 Jahren bei der Bundestagswahl gewählt werden kann? Und warum sind Sie dieser Meinung?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ja, dafür setzt sich DIE LINKE bereits seit Jahren ein. Ich bin der Meinung, dass man mit 16 schon in der Lage ist zu entscheiden wer einen oder eine parlamentarisch vertreten soll. Gleichzeitig hilft es aber auch bei der Durchsetzung von mehr Mitbestimmung für Jugendliche. Wer eine (Wahl-)Stimme hat wird ernster genommen und dessen und deren Rechte finden eher Eingang in die Politik.

Werden Sie und Ihre Partei in der kommenden Legislaturperiode zur Sicherung der Rente unserer Generation sich für einen steuerbefreiten Rentenfonds bis zum Rentenbeginn (analog zu den USA) oder für die Implementierung des Schweden-Modells (wo 2,5% des Einkommens zusätzlich in einem privaten oder staatlichen Fonds investiert werden) einsetzen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Nein. Wir treten für eine solidarische Altersversorgung ein. Alle Einkommen zahlen in diese Versicherung ein, mit einer stark erhöhten Bemessungsgrenze, und stellen eine existenzsichernde Rente sicher die den Lebensstandard sichert.



Was ist Ihr Konzept, um die Rente unserer Generation zu sichern ohne kostenintensive Versicherungen abzuschließen, wo vornehmlich die Versicherungen (wie bei der Riester-Rente) viel Geld verdienen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Etwas vereinfacht dargestellt: Wir wollen das Rentenniveau wieder zurück auf 53 Prozent anheben. Die Mindestrente soll bei 1200 Euro netto liegen. Dazu zahlen auch Beamte, Abgeordnete, Freiberufler, Freiberuflerinnen und Selbstständige ein. Über eine Aufwertung von gering bezahlten Beschäftigungen steigern wir die Beiträge der Rentenversicherung, genauso wie durch die Umwandlung von Mini- und Midi-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse und einen Mindestlohn von 13 Euro. Rentenansprüche die über dem Doppelten des Durchschnitts liegen werden im verfassungsmäßigen Rahmen abgeflacht. Die Riester-Rente werden wir auf freiwilliger Basis in die gesetzliche Rente überführen. Zusätzlich wollen wir dafür sorgen, dass Kinderzeiten, Pflegezeiten und bestimmte unbezahlte freiwillige Arbeit (z. B. in Rettungsdiensten) besser in die Rentenberechnung einfließen.

Uwe Schneider (CDU)

Wir streben eine zukunftsfeste Alterssicherung auf drei Säulen an: Zunächst ist für eine Alterssicherung die gesetzliche Rentenversicherung unerlässlich, hinzukommen die betriebliche und die private Vorsorge. Die gesetzliche Rentenversicherung wird dabei für die meisten Menschen die zentrale Säule bleiben. Wir wollen ein Rentenrecht, das Generationengerechtigkeit sichert und Leistungen sowie Lasten fair und nachvollziehbar verteilt. Um das Vertrauen der aktiven Generation von heute in das System der gesetzlichen Rentenversicherung von morgen zu stärken, brauchen wir eine klare Perspektive, die auch für die nächsten 30 Jahre trägt. Wir werden, wie von der Rentenkommission der Bundesregierung unter Beteiligung der Sozialpartner und der Wissenschaft vorgeschlagen, den bisher nur für die gesetzliche Rentenversicherung zuständigen Sozialbeirat zu einem Alterssicherungsbeirat weiterentwickeln. Der Alterssicherungsbeirat soll alle drei Säulen der Altersvorsorge in den Blick nehmen und eine Empfehlung für die Festlegung der verbindlichen und perspektivischen Haltelinien bei Rentenniveau und Beitragssatz abgeben. Dabei steht die Union beispielsweise für Verlässlichkeit: Wir behalten das Vorsorgeniveau im Auge und schützen die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler vor Überforderung.



Wieso wird die unrentable Riester-Rente staatlich bezuschusst, während Sparer*innen, die langfristig für ihre Rente in Aktienmärkten investieren, hohe Steuern zahlen müssen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Da kann ich nur mutmaßen und auf die anfallenden Provisionen für die Versicherungswirtschaft tippen. Wie schon geschrieben lehnen wir eine Rentenfinanzierung über die Kapitalmärkte genauso ab wie die gescheiterte Riester-Rente.

Was halten Sie von der Schuldenbremse?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Eine wirklich dumme Erfindung. Mittlerweile ist sie allerdings zur Existenzgefährdung geworden. Die Schuldenbremse führt, zumindest wenn die Einnahmenseite des Staates nicht verbessert wird, zu einem Investitionsstau den wir am Verfall von Schulen, Strassen, Bahninfrastruktur etc. deutlich sehen können. Die Schuldenbremse führt, trotz existentieller Bedeutung, zum Finanzierungsvorbehalt von klimapolitischen Maßnahmen. Es ist an dieser Stelle geradezu so, als würde man erwarten, dass der Klimawandel vor der Schuldenbremse stoppen würde. Corona hat gezeigt, wie wichtig es ist auf dieses Haushaltsinstrument zu verzichten. Wenn schon nicht ganz darauf verzichtet wird, dann muss es unbedingt für alle notwendigen Klimamaßnahmen fallen.

Sollte die gesetzliche Rentenversicherung auch durch Kapitaldeckung finanziert werden? Falls ja, in welchem Zeitraum halten Sie das für möglich?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Nein. Wir setzen auf eine solidarische Erwerbstätigenversicherung

Auch in Deutschland wird die Schere zwischen Arm und Reich immer größer. Wollen Sie dies ändern und wenn ja, wie?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Die Frage zu beantworten ohne ein Buch zu schreiben ist kompliziert. Vielleicht ein paar Rahmendaten: Die Spaltung der Gesellschaft wirkt sich auf immer mehr Bereiche aus. Die Wohnsituation, die Gesundheitslage, die Ernährung, die Bildung, das Gender Gap und es gibt noch eine Reihe von Bruchlinien, die durch die Gesellschaft gehen. Wir setzen uns dafür ein die Umverteilung von Unten nach Oben umzukehren. Wir werten schlecht bezahlte Berufe auf, wie z. B. im Care Bereich, wir ersetzen Mini- und Midijobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, wir wollen die Normalarbeitszeit in Richtung der 30 Stunden reduzieren, eine sanktionsfreie Grundsicherung für ein würdevolles Leben realisieren. Die Rechte der Gewerkschaften werden wir stärken und wir wollen Subventionen, wie z.B. die Kilometerpauschale ersetzen, die nur über die Steuer ‚gezahlt werden‘. Arme Menschen zahlen keine Steuern und haben davon nichts. Wir erhöhen den Steuerfreibetrag im Rahmen unserer Steuerreform auf 14400 Euro. Auf der anderen Seite sorgen wir u.a. mit Vermögenssteuer, einer einmaligen Vermögensabgabe und höheren Steuersätzen für hohe und sehr hohe Einkommen für eine Finanzierung dieser und anderer Maßnahmen.



Was halten Sie davon, wenn sowohl der Maximalsteuersatz als auch der Steuerfreibetrag für die Lohnsteuer erhöht wird?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Das trifft genau unsere Forderungen – dem kann ich nur zustimmen. Der Steuerfreibetrag wird auf 14400 Euro erhöht, der Steuersatz ab ca. 81.000 Euro Bruttoverdienst steigt für alleinstehende Kindlose auf die früheren 53 Prozent (über die gesamten 81.000 Euro macht das durchschnittlich ca. 30 Prozent) und ab 260.000 Euro Jahreseinkommen wollen wir für alle Beträge darüber einen Steuersatz von 60 Prozent. Bei Einkommen über 1 Million Euro steigt der Steuersatz dann für die Beträge über dieser Grenze auf 75 Prozent.

Wie stehen Sie zum Erhöhen der Kapitalertragssteuer?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Eine wirklich dumme Erfindung. Mittlerweile ist sie allerdings zur Existenzgefährdung geworden. Die Schuldenbremse führt, zumindest wenn die Einnahmenseite des Staates nicht verbessert wird, zu einem Investitionsstau den wir am Verfall von Schulen, Strassen, Bahninfrastruktur etc. deutlich sehen können. Die Schuldenbremse führt, trotz existentieller Bedeutung, zum Finanzierungsvorbehalt von klimapolitischen Maßnahmen. Es ist an dieser Stelle geradezu so, als würde man erwarten, dass der Klimawandel vor der Schuldenbremse stoppen würde. Corona hat gezeigt, wie wichtig es ist auf dieses Haushaltsinstrument zu verzichten. Wenn schon nicht ganz darauf verzichtet wird, dann muss es unbedingt für alle notwendigen Klimamaßnahmen fallen.

Was ist Ihr Verständnis von Antifaschismus? Halten Sie sich selbst für ein*e Antifaschist*in, und warum?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Mein Verständnis von Antifaschismus ist, dass jeder Demokrat und jede Demokratin Antifaschist oder Antifaschistin ist. Antifaschismus heißt sich zu erinnern und im täglichen Handeln wachsam zu sein und nicht zu schweigen wo Faschismus proklamiert oder relativiert wird. Und natürlich bin ich Antifaschist. Ich bin seit 1981 Mitglied der VVN/BdA und der einzige Bürgerschaftsabgeordnete, der nach meinem Kenntnisstand dort organisiert ist. Faschismus ist in allen seinen Ausprägungen ein Widerspruch zu meinen Überzeugungen. Er manifestiert Ungleichheit, er ist rassistisch, sexistisch, er negiert Partizipation, er ist militärisch aggressiv und herrscht durch Terror und Willkür. In Bergedorf liegt die KZ Gedenkstätte Neuengamme – ein beeindruckendes, bedrückendes Mahnmal für die Leiden von Sklavenarbeitern und Sklavenarbeiterinnen, für den Wahn der Faschisten von der Herrenrasse und den Welteroberungsplänen. Im Zuge des Auftretens von Neonazis in Bergedorf rund um den Moscheeneubau bin ich damals auch im Freundeskreis der Gedenkstätte Mitglied geworden. Eine der Außenstellen ist die Gedenkstätte Bullenhuser Damm, wo Faschisten in den letzten Kriegstagen noch ausgemergelte Kinder die zu medizinischen Experimenten missbraucht wurden, erhängten. Heute muss ich in den Parlamenten Menschen zuhören die dies alles als ‚Fliegenschiss‘ abtun, in deren Reihen offen agierende Nazis tätig sind, deren Fraktionsvorsitzender in Hamburg Nazi-Lieder in einem Liederbuch veröffentlichte, die kein Problem mit Pegida und Identitären haben. Antifaschismus ist eine anscheinend leider nicht endende Aufgabe, von der ich nicht lassen kann weil für mich alles andere undenkbar wäre.



Wie stehen Sie zu Rechtsextremismus in Ihrer Partei?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Wir haben keine Rechtsextremisten in der Partei. Aber um dann was in die Richtung zu äußern: jede und jeder der oder die in Parlamenten mit Rechtsextremen zusammenarbeitet oder auch nur Absprachen trifft, gehört nicht in DIE LINKE.

Uwe Schneider (CDU)

Ich trete jeder Form von Extremismus entschieden entgegen – unabhängig davon, ob es sich um Rechts- oder Linksextremisten oder gewaltbereite Islamisten handelt. Daher lehne ich unter anderem eine Schwächung des Verfassungsschutzes ab. Der Rechtsextremismus ist und bleibt die größte Bedrohung für unsere offene Gesellschaft und freiheitlich-demokratische Grundordnung. Da rechtsextreme, ausländerfeindliche und antisemitische Straftaten besorgniserregend zugenommen haben, setzt sich die CDU beispielsweise für Spezialeinheiten der Polizei für sogenannte „Cold Cases“ ein, um ungeklärte schwere Straftaten mit möglicherweise rechtsextremistischem Hintergrund auf neue Ermittlungsansätze zu überprüfen.



Wieso ist es Ihnen und Ihrer Partei nicht gelungen, die AfD zu verhindern? Wie stehen sie dazu, dass in Teilen von Deutschland mehr als 1/4 der Menschen rechts oder rechtsextrem wählt?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Rechtsextremes Potential ist Bestandteil dieser leider nur mangelhaft antifaschistischen Gesellschaft. Das Potential ist nie verschwunden. In Bergedorf saß die DVU zwei Legislaturperioden in der Bezirksversammlung, in Hamburg scheiterte sie nur hauchschief am Einzug in die Bürgerschaft. In vielen Landesparlamenten saßen immer wieder rechtsextremistische Parteien. Zu Beginn der Entwicklung der AfD war sie, das muss dann auch erwähnt werden, ein Sammelbecken für verschiedene Strömungen und nicht eindeutig rechtsextrem, auch wenn sie nach Rechtsaußen keinerlei Berührungspunkte hatte. Die stufenweise Entwicklung der AfD von einer nach rechts offenen national-konservativen Partei hin zum offenen Rechtsextremismus ist für viele nicht sichtbar genug gewesen und für andere egal. Wer durch die Sozialpolitik ausgegrenzt wird, wer nicht das Gefühl hat, dass seine und ihre Stimme zählt, dem ist als Wutbürger und Wutbürgerin egal, dass die AfD für den puren Sozialdarwinismus steht – Hauptsache das Kreuz bei den Rechtsextremisten führt zum demokratischen Eklat. Wir haben kein wirksames Mittel gefunden, perspektivlosen Menschen zu verdeutlichen, dass die Wahl der AfD eine Sackgasse und gegen die eigenen Interessen gerichtet ist. Ein demokratischer Weg kann nur über eine Gesellschaft gehen, die allen eine Zukunftsperspektive bietet und an dem Abbau dieser Perspektive wurde unter dem Vorzeichen von Wirtschaftsliberalismus seit Jahrzehnten gearbeitet – anscheinend mit Erfolg.

Was würden Sie an der Identitäten Bewegung kritisieren? Was würden Sie an der Antifa kritisieren?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ich würde erstmal beide nicht in einer Frage zusammenpacken, aber die identitäre Bewegung ist eine völkisch-rassistische ‚Bewegung‘ die versucht mit modernen Kommunikationsformen zu agieren. Sie ist und bleibt eine rassistische und rechtsextreme Bewegung, die lediglich in der Form nicht dem klassischen Klischee des Faschismus entspricht.

Ich betrachte mich selber als Teil der Antifa und habe über Jahre bei der Antifa Bergedorf mitgearbeitet. Es gibt ja nun auch nicht ‚die Antifa‘. Es gibt eine Vielzahl von Gruppen die sich selber als Antifa bezeichnen und jede Gruppe hat das gute Recht dazu. Von daher kann es auch keine generelle Kritik geben, dazu ist die Antifa von den Senioren und Seniorinnen bis zu den Schülerinnen und Schülern viel zu unterschiedlich. Natürlich habe ich, wie an vielen anderen Organisationen Kritik an einzelnen Formen der Aktion oder an Argumentationslinien. Aber diese Kritik diskutiere ich, wenn nötig, innerhalb der Antifa oder nahen Zusammenhängen und trage sie nicht nach außen.

Was halten Sie vom (strukturellen) Rassismus in Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, und was sollte dagegen getan werden?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ich finde den vorhandenen strukturellen Rassismus in öffentlichen Stellen unerträglich. Zwar gibt es Ansätze für eine Sensibilisierung der Beschäftigten, aber das ist noch völlig unzureichend. Dafür brauchen wir ein Ende der Zweiklassengesellschaft und die volle Teilhabe aller Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes. Dazu müssen sich die staatlichen Stellen aber zuerst dazu bekennen, dass ein struktureller Rassismus existiert. Zu dieser Einsicht sind sie weitestgehend noch unfähig. Um hier Abhilfe zu schaffen, fordern wir ein Verbandsklagerecht bei Verstößen gegen das Antidiskriminierungsgesetz. Für staatliche Stellen wollen wir mit einem Bundesantidiskriminierungsgesetz die Grundlage schaffen, um strukturellen Rassismus zu bekämpfen. Darüber hinaus setzen wir uns für einen oder eine Antidiskriminierungsbeauftragten oder -beauftragte ein. Wir fordern eine Polizeireform und eine Organisationsentwicklung in der Verwaltung. Es gibt noch einige Punkte mehr im Forderungskatalog der LINKEN, um Rassismus zu bekämpfen, die jetzt aber die zur Verfügung stehende Zeit sprengen würden. Die LINKE ist hier jedenfalls sehr engagiert, weil das Erleben von strukturellem Rassismus für Menschen ein unerträglicher Zustand ist, der gegen die Menschenwürde gerichtet ist.



Sehen Sie Rechtsextremismus in der Polizei als ein Problem? Wie stehen Sie zu den Fällen von Rechtsextremismus in Polizei und Bundeswehr? Wie viele Fälle von Rechtsextremen in der Polizei und der Bundeswehr müssen noch ertragen werden?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Rechtsextremismus in staatlichen Organen ist ein Problem und es muss entschieden bekämpft werden. Dazu gehört eine konsequente disziplinarische Verfolgung solcher Vorgänge, die auch vor Entlassungen nicht Halt machen darf. Wir brauchen strukturelle Reformen, um Ursachen für dieses Verhalten zu verhindern. Dazu zählt, dass insbesondere die Polizei mit immer mehr Befugnissen ausgestattet wurde, gleichzeitig aber die Belastung der Polizeikräfte immer weiter gestiegen ist. Die gemeldeten Vorfälle, nicht nur rechtsextremistische, sind stark gestiegen und es ist zu befürchten, dass es eine hohe Dunkelziffer gibt. Wir brauchen eine unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstelle an die sich Betroffene wenden können. Nach wie vor ist die Polizei kein Spiegelbild der Bevölkerungsstruktur – das wollen wir ändern. Wir wollen die Soldatinnen und Soldaten, die Polizistinnen und Polizisten nicht alleine lassen und setzen uns für eine Änderung der Ausbildung unter Einbeziehung kritischer Forschung ein. Die Kasernierung von Polizeibeamtinnen und -beamten wollen wir zurückdrängen, um den Korpsgeist entgegenzuwirken. Wir möchten erreichen, dass Beamtinnen und Beamte mit Supervision, Fortbildungen und einer psychologischen Betreuung in ihrem Dienst begleitet werden.

Rechtsextremismus ist ein gesellschaftliches Problem und damit sind auch Polizei und Bundeswehr, als (unvollständiges) Abbild der Gesellschaft nicht frei davon. Sie sind allerdings, und das macht diesen Zustand unerträglich, Organe die besondere Rechte haben und bewaffnet sind. Deshalb werden wir, nach meinem Dafürhalten, weiter rechtsextreme Vorfälle in Polizei und Armee erleben, die wir nur mit einer konsequenten Reaktion zumindest zurückdrängen können. Dazu gehört die nicht gemeldeten Vorfälle ans Tageslicht zu bringen.

Wie sollten Richtlinien für ausländische Studierende der TUHH für Visa und Job-Regelungen sein? Oftmals verlassen gut ausgebildete Absolvent*innen Deutschland, weil die Ausländerbehörde es Antragsteller*innen, welche sogar ein 45/46k Job-Angebot haben, unverständlich schwierig macht, ein Arbeitsvisum oder eine Blue Card zu bekommen. Wird es spezielle Regelungen geben, damit Ingenieur*innen schneller die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen, wie in Kanada oder Japan?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Als LINKE setzen wir uns für eine umfassende Visaliberalisierung sowie ein offenes und solidarisches Einwanderungsrecht ein, dass sich nicht mehr am Maßstab von Herkunft oder ökonomischer Verwertbarkeit orientiert. Damit hat jede und jeder das Recht, in Deutschland zu leben und zu arbeiten, solange er oder sie es möchte - und damit Anspruch auf einen deutschen Pass. Das gilt für Ingenieurinnen und Ingenieure und für jede andere Berufsgruppe. Außerdem soll für Geflüchtete die Aufnahme des Studiums einfacher werden. Dafür müssen zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und auch im Ausland erworbene Bildungsabschlüsse schnell und unbürokratisch anerkannt werden. Somit wird es auch für Ingenieure und Ingenieurinnen einfacher, ohne Pause und Zwischenprüfung an ihren bisher erworbenen Bildungsstand anzuschließen oder eine Anstellung zu finden. Auch muss die Aufnahme eines Studiums ein Bleiberecht sicherstellen.



Was ist Ihre Position bezüglich der zunehmenden Islamophobie in einigen Gesellschaftsschichten und bezüglich des zuletzt auf einer Hamburger Moschee ausgeführten Farbenschlags?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Islamophobie ist nicht hinzunehmen. Wir wollen eine weltoffene und tolerante Gesellschaft in der es keine Rolle spielt ob und welcher Religion man anhängt. Auseinandersetzungen, da wo es um das gesellschaftliche Zusammenleben geht, müssen mit demokratischen Mitteln geführt werden. Das mag da schwer fallen wo z. B. das Existenzrecht Israels angegriffen oder negiert wird, aber der demokratische Diskurs darf nicht durch Gewalt ersetzt werden. Damit macht sich ein toleranter Gesellschaftsanspruch unglaubwürdig und diskussionsunfähig. Wir haben eine glasklare verfassungsrechtliche Lage, die Islamophobie hat darin keinen Platz. Da wo sie zur Volksverhetzung wird muss sie auch strafrechtlich geahndet werden.

Metin Hakverdi (SPD)

Grundvoraussetzung für ein gemeinsames Leben in einer Gesellschaft des Respekts ist die Gewissheit, dass man dazugehört, dass man unabhängig von einer familiären Migrationsbiografie akzeptiert ist und dazugehört. Meine Partei und ich werden nachdrücklich gegen Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus,

Islamfeindlichkeit, Antifeminismus, Sexismus und LSBTIQ*-Feindlichkeit vorgehen. Dafür werden wir die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes stärken und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz modernisieren. Ein besserer

Austausch und ein abgestimmtes Vorgehen, zum Beispiel durch die Schaffung einer Bund-Länder Kommission, ist ein wichtiger Schritt. Zudem müssen Straftaten in diesem Bereich konsequenter erfasst und geahndet werden.

Möchten Sie die ÖPNV Anbindung von Harburg an Hamburg verbessern? Wenn ja, wie sähen Ihre Pläne aus?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Neben dem Vorschlag einer neuen Bahnverbindung unter der Elbe in Richtung Altona zählt dazu auch, dass wir, statt der U4-Verlängerung auf den Kleinen Grasbrook, gerne eine Realisierung als Stadtbahn über die Elbe bis nach Harburg als leistungsfähige und zusätzliche Option befürworten würden – langfristig ist natürlich auch die Realisierung als Verlängerung der U4 wünschenswert. Bei der bestehenden S-Bahnverbindung muss die Digitalisierung und damit Taktverdichtung vorangetrieben werden und der Einsatz von Langzügen weiter ausgebaut werden. Wir wollen den Umbau des Harburger Busbahnhof um die ÖPNV-Verkehrsbeziehungen in Harburg kundenfreundlicher zu gestalten. Mit einer Entlastung der Harburger Straßen durch ein funktionierendes Lkw-Führungskonzept und die Umsetzung weiterer Maßnahmen im Rahmen des Lärmaktionsplans schaffen wir auf den Straßen mehr Platz für einen massiv auszubauenden ÖPNV und steigern damit die Attraktivität des ÖPNV in Richtung Hamburg (und generell).

Metin Hakverdi (SPD)

Ja, mein Ziel ist es die ÖPNV Anbindung von Harburg an Hamburg zu verbessern. Der Hamburger Süden wächst. Dennoch ist dieser nur mit der S3/S31 in den Norden angebunden. Mittelfristig soll diese Strecke mit einer weiteren Linie - der S32 – verstärkt werden. Ich freue mich sehr darüber, dass ich einen wichtigen Teil dazu beitragen konnte. Der Start der Planungen für die Verstärkung der bestehenden Linien kann dank der von mir organisierten Bundesmittel für die Stellwerksdigitalisierung rechtzeitig beginnen. Durch die Digitalisierung sollen etwa 20 Prozent mehr Züge fahren können ohne, dass neue Gleise nötig sind. Die Verstärkung ist notwendig aber keineswegs ausreichend.

Leider kommt es nicht selten zu Störungen, welche zu einem Kollaps des Nahverkehrs im Hamburger Süden führen. Viele meiden deshalb von vornherein den ÖPNV und steigen gleich auf das Auto um. Das ist bedauerlich. Um morgen unsere Klimaziele auch wirklich zu erfüllen, müssen wir heute die richtigen Weichen stellen.

Der Hamburger Süden, Harburg und Süderelbe, brauchen eine weitere Anbindung in den Norden. Mein Ziel ist eine neue S-Bahn-Linie, die S33, die die Elbe nach Süden hin quert. Diese soll vom Hauptbahnhof über die Veddel, Wilhelmsburg, Harburg, Süderelbe durch einen S-Bahn-Tunnel unter der Elbe nach Altona und von dort wieder zum Hauptbahnhof führen. Die Ring-Bahn soll in beide Richtungen verkehren, so dass Fahrgäste von Altona aus auch direkt nach Bostelbek, Heimfeld und Harburg Rathaus gelangen. Eine Fahrt von Neugraben nach Altona darf nicht 90 Minuten dauern. Mit der S33 Ringbahn soll die Fahrtdauer auf maximal 30 Minuten reduziert werden. Das ist nicht nur für die Pendler der chronisch überfüllten S3 und S31 nötig, sondern auch für die Entlastung des Hauptbahnhofes.

Diese Lösung hat positive Effekte für den gesamten S-Bahnverkehr in der Stadt.

Zudem ist bereits ein erster Schritt gemacht. Auf meine Initiative hin, stellt der Deutsche Bundestag drei Millionen Euro für eine Machbarkeitsstudie zur schienegebundenen Westquerung der Elbe zur Verfügung. Im Deutschen Bundestag haben wir es außerdem gesetzlich möglich gemacht, dass der Bund große Teile des Ausbaus des Nahverkehrs finanzieren kann. Dies ist vor dem Hintergrund der finanziellen Dimensionen notwendig.

Der Hamburger Süden muss endlich auch an das U-Bahnnetz Hamburgs angeschlossen werden. Die U4, die heute bis zur U-Bahnstation Elbbrücken fährt und nach Wilhelmsburg verlängert werden soll, muss unbedingt auch in Harburg ankommen. Wir müssen in den ÖPNV in den kommenden Jahren massiv investieren, sonst werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen. Dazu gehört die U 4-Verlängerung genauso wie eine weitere S-Bahn-Querung im Hamburger Westen und die damit mögliche Ringbahn S33.



Wird das Projekt für den Bahnverkehr (inkl. S-Bahn o.ä.) durch den Elbtunnel noch weiterverfolgt?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Im Moment ist das Projekt einer zusätzlichen Bahnanbindung unter der Elbe im Westen Harburgs nur eine Forderung, eine mehr als notwendige Forderung. Wir setzen uns dafür ein, dass hier schnellstmöglich konkrete Planungen erfolgen. Die Verkehrswende ist eine unumgängliche Notwendigkeit und die Leistungsfähigkeit der Verkehrsanbindungen des ÖPNV ist an ihre Grenze gekommen. Ein Kapazitätsausbau ist daher dringend notwendig und lange überfällig.

Metin Hakverdi (SPD)

Mein Ziel ist eine neue S-Bahn-Linie, die S33, die die Elbe nach Süden hin quert. Auf meine Initiative hin, stellt der Deutsche Bundestag drei Millionen Euro für eine Machbarkeitsstudie zur schienengebundenen Westquerung der Elbe zur Verfügung.

Darüber hinaus gehende Projekte für den Bahnverkehr durch den (Neuen) Elbtunnel sind mir nicht bekannt.



Wie möchten Sie den Radverkehr fördern. Haben Sie vor, aus dem Bundestag diesbezüglich etwas für Ihren Wahlkreis zu erreichen und wenn ja, wie?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Die Förderung des Radverkehrs gehört zur Verkehrswende, genauso wie auch die Verbesserung für Fußgängerinnen und Fußgänger. Der Anteil des Radverkehrs am modalen Mix muss schnell gesteigert werden. Dazu gehören auch Förderprogramme des Bundes. DIE LINKE setzt sich für zweckgebundene Bundesmittel ein, um rein flächendeckendes Radverkehrsnetz mit Radschnellwegen zu schaffen. Zusätzlich wollen wir die Innenstädte, und dazu zählen auch die Bezirkszentren, weitgehend vom Autoverkehr befreien. Rechtliche Beschränkungen, die das bisher noch erschweren, müssen auf Bundesebene aufgelöst werden. Harburg unterscheidet sich in der Zielsetzung hier nicht von anderen Bezirken, ist aber durch eine marode und überlastete Verkehrsinfrastruktur besonders geplagt. Deshalb gilt es hier den Bezirk bei der Planung zu unterstützen. Im Rahmen des Bundeshaushalts wäre es für mich wichtig Verkehrsprojekte, ganz besonders jene die dem Radverkehr zugutekommen, zu priorisieren und zweckgebunden zu fördern, damit diese Mittel nicht im großen Haushaltstopf Hamburgs verschwinden.

Metin Hakverdi (SPD)

Das Fahrrad ist ein beliebtes Verkehrsmittel. Insbesondere E-Bikes haben neue Reichweiten ermöglicht. Mit Mut zu neuen Velorouten kann man diesen Trend unterstützen.

Insbesondere der Süden Hamburgs braucht eine sinnvolle Querung im Westen. Damit schafft man gute Wegebeziehungen in die Region Altona. Eine weitere notwendige Verbesserung betrifft den Umstieg vom Fahrrad auf den Schienenverkehr. Hierfür sollen Fahrradstellplätze und Lademöglichkeiten an allen S-Bahnhaltestellen eingerichtet werden. Regelmäßig verschaffe ich mir einen Überblick über die Fahrradstellsituation an den Harburger S-Bahnhöfen. Während bei den Haltestellen Heimfeld und Neuwiedenthal die Situation gut ist, braucht es Handlungsbedarf an den S-Bahnhöfen Harburg und Neugraben. Für den S-Bahnhof Neugraben ist der Bau von 1000 Fahrradstellplätzen angekündigt. Am S-Bahnhof Harburg soll ein Fahrradparkhaus gebaut werden. Ich setze mich dafür ein, dass wir beim Infrastrukturausbau noch schneller vorankommen und der Bund dabei mit finanziellen Mitteln unterstützt.



Sind sie für eine stärkere Förderung der Werftindustrie in Deutschland?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ich halte es für wichtig, dass Deutschland eine eigene Werftindustrie hat. Ich würde mich für eine Förderung von zukunftsorientierter und klimaneutraler Werftindustrie einsetzen. Deutschland hat hier die Chance mit technischem Fortschritt am Markt Erfolge zu erzielen. Da wo sich die Werftindustrie den Klimazielen gegenüber verantwortlich zeigt greift auch unser geplanter Rettungsschirm für Industriearbeitsplätze mit dem wir die Transformation der deutschen Industrie unterstützen wollen – unter Sicherung der Arbeitsplätze.

Metin Hakverdi (SPD)

Die Internationalisierung darf nicht dazu führen, dass wir die Fähigkeit verlieren Schiffsbau in Deutschland zu betreiben. Wir müssen das Know-How in Deutschland halten.

Mit der Pella Sietas Werft in Hamburg-Neuenfelde liegt die älteste Werft Deutschlands in meinem Wahlkreis. Ich setze mich für die Menschen in meinem Wahlkreis ein. Insbesondere der Erhalt von Arbeitsplätzen ist mir ein wichtiges Anliegen.

▼ Es Folgen die Fragen, die die TUHH direkt betreffen ▼



Welche Maßnahmen werden ergriffen, um den Unistandort Harburg attraktiv zu gestalten?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Wir fordern als LINKE besonders den Ausbau der sozialen Infrastruktur um die Hochschulen zu offenen, sozialen und demokratischen Orten in der Stadt umzugestalten. Dafür brauchen wir gute Studienbedingungen und eine soziale Infrastruktur, die den Bedürfnissen von Studierenden gerecht wird, dazu zählt die Bereitstellung von preisgünstigem Wohnraum, Kinderbetreuung Essens- und Beratungsangeboten vor Ort. Einen entsprechenden Antrag hatten wir in die Haushaltsverhandlungen 2021 eingebracht.

Metin Hakverdi (SPD)

Ich setze mich für den Erhalt und Ausbau des Forschungsstandortes Harburg ein. Dazu gehört für mich auch in Zukunft weitere Bundesmittel für die TUHH in Berlin einzuwerben.

Sowohl für die TUHH als auch für die umliegende Forschungs- und Unternehmenslandschaft ist die nachhaltige Unterstützung durch Bundesmittel, insbesondere im Standort- und Forschungswettbewerb bei Zukunftstechnologien, von hoher Bedeutung.

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, will die SPD die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu sollen Zukunftstechnologien gefördert werden. Insbesondere bei neuen Technologien etwa für Klimaschutz, Energieversorgung, Mobilität, Logistik und Digitalisierung besitzt die TUHH eine herausragende Expertise.

Darüber hinaus sollen die Universitäten und Fachhochschulen dabei unterstützt werden, die Digitalisierung voranzutreiben, Innovationen in guter Lehre zu fördern und zugleich ihre forschungspolitische Bedeutung, die weit in die jeweiligen Regionen ausstrahlt, zu stärken.

Gute Wissenschaft braucht dabei gute Arbeitsbedingungen. Ich setze mich zusammen mit meiner Partei für verlässliche Karrierewege und weniger Befristungen in der Wissenschaft ein. Promovierende müssen für ihre tatsächliche Arbeitszeit bezahlt werden, unabhängig vom Fach. Es muss gelten: 100 Prozent Gehalt für 100 Prozent Arbeit. Auch für eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir sorgen. Wir wollen dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb der Professur schaffen und den Tenure-Track ausweiten.



Die Anzahl der Studierenden an der TUHH soll auf 10.000 erhöht werden. Wie werden Sie gewährleisten, dass dabei weder die Qualität der Lehre sinkt und bestehende Probleme (wie z.B. ein Mangel an Räumen) erhärten?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

An der TUHH hat sich seit 1999 die Zahl der Studierenden mehr als verdoppelt (entsprechend der Anforderungen der Behörde), während die Anzahl der grundfinanzierten Professorinnen und Professoren sogar zurückgegangen ist. Auch der leichte Anwuchs des Mittelbaus ist nicht annähernd dazu geeignet, den Studierendenzahlen zu entsprechen. Aber er ist zusammen mit dem deutlichen Anstieg von Lehraufträgen Ausdruck der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen. Wir haben das immer wieder kritisiert und fordern u.a. eine ausreichend Ausfinanzierung der Aufgaben und hier auch der Wachstumspläne. Einen entsprechenden Antrag hatten wir in die Haushaltsverhandlungen 2021 eingebracht.

Metin Hakverdi (SPD)

Ich setze mich für den Erhalt und Ausbau des Forschungsstandortes Harburg ein. Dazu gehört für mich auch in Zukunft weitere Bundesmittel für die TUHH in Berlin einzuwerben.

Sowohl für die TUHH als auch für die umliegende Forschungs- und Unternehmenslandschaft ist die nachhaltige Unterstützung durch Bundesmittel, insbesondere im Standort- und Forschungswettbewerb bei Zukunftstechnologien, von hoher Bedeutung.

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, will die SPD die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu sollen Zukunftstechnologien gefördert werden. Insbesondere bei neuen Technologien etwa für Klimaschutz, Energieversorgung, Mobilität, Logistik und Digitalisierung besitzt die TUHH eine herausragende Expertise.

Darüber hinaus sollen die Universitäten und Fachhochschulen dabei unterstützt werden, die Digitalisierung voranzutreiben, Innovationen in guter Lehre zu fördern und zugleich ihre forschungspolitische Bedeutung, die weit in die jeweiligen Regionen ausstrahlt, zu stärken.

Gute Wissenschaft braucht dabei gute Arbeitsbedingungen. Ich setze mich zusammen mit meiner Partei für verlässliche Karrierewege und weniger Befristungen in der Wissenschaft ein. Promovierende müssen für ihre tatsächliche Arbeitszeit bezahlt werden, unabhängig vom Fach. Es muss gelten: 100 Prozent Gehalt für 100 Prozent Arbeit. Auch für eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir sorgen. Wir wollen dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb der Professur schaffen und den Tenure-Track ausweiten.



Unsere Universität möchten wachsen und Ihren Ruf verbessern. Aber die Finanzierungsmittel fehlen. In Vergleich zu anderen TU in Deutschland ist unser Budget gering. Mit welchen konkreten Maßnahmen und Investitionen würden Sie die TUHH unterstützen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Wir fordern für die Hochschulfinanzierung folgenden Ausbau der finanziellen Mittel:

- die Globalzuführungen an die Hochschulen - entsprechend der durchschnittlichen Preis- und Tarifsteigerungen – jährlich, zusätzlich zu den bereits vertraglich vereinbarten Zuwächsen, um 3,5 % zu steigern,
- die Hochschulvereinbarungen um diese jährlich zusätzliche 3,5 prozentige Steigerung der Grundzuweisung zu ergänzen. Diese Steigerungen für die Dauer der Gültigkeit der Hochschulvereinbarungen zuzusagen,
- einen einmaligen Ausgleich der Kostenschere der letzten Jahre vorzunehmen, also der Differenz aus den tatsächlichen Preis- und Tarifsteigerungen (durchschnittlich 3,6 % pro Jahr über sieben Jahre hinweg) und der Steigerungsrate der Grundzuweisung (0,88 % jährlich). Die Grundfinanzierung soll jeweils um einen hochschulspezifischen Sockelbetrag erhöht werden, der die Minderfinanzierung jeder Hochschule ausgleicht.

Metin Hakverdi (SPD)

Ich setze mich für den Erhalt und Ausbau des Forschungsstandortes Harburg ein. Dazu gehört für mich auch in Zukunft weitere Bundesmittel für die TUHH in Berlin einzuwerben.

Sowohl für die TUHH als auch für die umliegende Forschungs- und Unternehmenslandschaft ist die nachhaltige Unterstützung durch Bundesmittel, insbesondere im Standort- und Forschungswettbewerb bei Zukunftstechnologien, von hoher Bedeutung.

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, will die SPD die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu sollen Zukunftstechnologien gefördert werden. Insbesondere bei neuen Technologien etwa für Klimaschutz, Energieversorgung, Mobilität, Logistik und Digitalisierung besitzt die TUHH eine herausragende Expertise.

Darüber hinaus sollen die Universitäten und Fachhochschulen dabei unterstützt werden, die Digitalisierung voranzutreiben, Innovationen in guter Lehre zu fördern und zugleich ihre forschungspolitische Bedeutung, die weit in die jeweiligen Regionen ausstrahlt, zu stärken.

Gute Wissenschaft braucht dabei gute Arbeitsbedingungen. Ich setze mich zusammen mit meiner Partei für verlässliche Karrierewege und weniger Befristungen in der Wissenschaft ein. Promovierende müssen für ihre tatsächliche Arbeitszeit bezahlt werden, unabhängig vom Fach. Es muss gelten: 100 Prozent Gehalt für 100 Prozent Arbeit. Auch für eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir sorgen. Wir wollen dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb der Professur schaffen und den Tenure-Track ausweiten.



Sehen Sie noch weitere Möglichkeiten die TUHH von politischer Seite zu fördern?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

DIE LINKE setzt sich für eine soziale, demokratische, offene und inklusive Hochschule und Wissenschaftslandschaft ein. Wir stehen an der Seite von Initiativen und Bewegungen, die für bessere Bedingungen kämpfen: für eine Entfristung und faire Bezahlung von wissenschaftlichem Personal, gute Studien- und Lebensbedingungen für Studierende und dafür, dass die Coronakrise auch an den Hochschulen solidarisch bewältigt wird. Es bleibt viel zu tun.

Metin Hakverdi (SPD)

Ich setze mich für den Erhalt und Ausbau des Forschungsstandortes Harburg ein. Dazu gehört für mich auch in Zukunft weitere Bundesmittel für die TUHH in Berlin einzuwerben.

Sowohl für die TUHH als auch für die umliegende Forschungs- und Unternehmenslandschaft ist die nachhaltige Unterstützung durch Bundesmittel, insbesondere im Standort- und Forschungswettbewerb bei Zukunftstechnologien, von hoher Bedeutung.

Um auch in Zukunft innovativ zu bleiben, will die SPD die Stärken des deutschen Wissenschaftssystems in seiner ganzen Breite und Vielfalt und seiner internationalen Ausrichtung erhalten und weiterentwickeln. Dazu sollen Zukunftstechnologien gefördert werden. Insbesondere bei neuen Technologien etwa für Klimaschutz, Energieversorgung, Mobilität, Logistik und Digitalisierung besitzt die TUHH eine herausragende Expertise.

Darüber hinaus sollen die Universitäten und Fachhochschulen dabei unterstützt werden, die Digitalisierung voranzutreiben, Innovationen in guter Lehre zu fördern und zugleich ihre forschungspolitische Bedeutung, die weit in die jeweiligen Regionen ausstrahlt, zu stärken.

Gute Wissenschaft braucht dabei gute Arbeitsbedingungen. Ich setze mich zusammen mit meiner Partei für verlässliche Karrierewege und weniger Befristungen in der Wissenschaft ein. Promovierende müssen für ihre tatsächliche Arbeitszeit bezahlt werden, unabhängig vom Fach. Es muss gelten: 100 Prozent Gehalt für 100 Prozent Arbeit. Auch für eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir sorgen. Wir wollen dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb der Professur schaffen und den Tenure-Track ausweiten.



Wie soll sichergestellt werden, dass trotz erheblicher Mehrausgaben durch die Pandemie der Forschungsstandort Deutschland mit den Universitäten nicht gefährdet wird?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Der Bund muss dauerhaft Mitverantwortung für die Grundfinanzierung der öffentlichen Hochschulen übernehmen. Wir wollen den Zukunftsvertrag entfristen und zu einem Dauerzuschuss weiterentwickeln. Die Exzellenzstrategie befeuert ein konkurrenz orientiertes Denken in der Wissenschaft. Der aufwendige Bewerbungs- und Auswahlprozess schadet einer gesellschaftlich verantwortungsbewussten Wissenschaftskultur. Wir wollen stattdessen Studium und Wissenschaft flächen- und fächerdeckend ausfinanzieren.

Die Anzahl der Studierenden an der TUHH soll auf 10.000 erhöht werden. Wie werden Sie gewährleisten, dass dabei weder die Qualität der Lehre sinkt und bestehende Probleme (wie z.B. ein Mangel an Räumen) erhärten?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

An der TUHH hat sich seit 1999 die Zahl der Studierenden mehr als verdoppelt (entsprechend der Anforderungen der Behörde), während die Anzahl der grundfinanzierten Professorinnen und Professoren sogar zurückgegangen ist. Auch der leichte Anwuchs des Mittelbaus ist nicht annähernd dazu geeignet, den Studierendenzahlen zu entsprechen. Aber er ist zusammen mit dem deutlichen Anstieg von Lehraufträgen Ausdruck der Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen. Wir haben das immer wieder kritisiert und fordern u.a. eine ausreichend Ausfinanzierung der Aufgaben und hier auch der Wachstumspläne. Einen entsprechenden Antrag hatten wir in die Haushaltsverhandlungen 2021 eingebracht.

Die Politik spricht über soziale Gerechtigkeit und die Förderung von Studierenden, allerdings sind für studentische Beschäftigte an den Universitäten Löhne knapp über dem Mindestlohn und weit unterhalb des sonst üblichen Lohnniveaus bezahlt. Wie kann dies gerechtfertigt werden?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Gar nicht! Wir brauchen einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte sowie deren Vertretung im Personalrat. Studentische Beschäftigte müssen mittelfristig in den TV-L eingegliedert werden. Bis dahin unterstützen wir die Hamburger TVStud- Initiative in ihrem Anliegen nach einem eigenen Tarifvertrag!



Was möchten Sie unternehmen, damit Studierende und Auszubildende in der Metropolregion Hamburg einfacher und fairer an sicheren, bezahlbaren und nicht völlig heruntergekommenen Wohnraum kommen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Die Versorgungsquote von Studierenden mit Wohnheimplätzen liegt in Hamburg mit 7,7 Prozent weit unter dem bundesweiten Maßstab (9,44 Prozent). Dies soll sich nun nach dem aktuellen Haushaltsplan bis zum Jahr 2024 auf 8,4 Prozent erhöhen. Das Ziel von Rot/Grün für 2024 liegt noch immer weit unterhalb der aktuellen bundesweiten Quote - und reicht bei weitem nicht aus, um ausreichend Studierenden ein kostengünstiges Wohnen im teuren Hamburg zu ermöglichen. Wir fordern daher die Versorgungsquote von Studierenden mit Wohnheimplätzen in Hamburg an die bundesweite Quote anzupassen. Außerdem fordern wir die Miete der Wohnheimplätze an die Wohnkostenpauschale des BAföGs (~250€) zu binden und diese nicht zu übersteigen. Die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau muss wieder im Grundgesetz verankert und vom Bund ein Sonderprogramm für den Neubau von Wohnheimplätzen gestartet werden.

Metin Hakverdi (SPD)

Eine Wohnung zu finden wird in vielen Lagen zu einer immer größeren Herausforderung. Wir werden daher bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Dazu werden wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen und Vermieterinnen und Vermieter, die sich einer sozialverträglichen Vermietung verpflichtet fühlen, sollten dabei sein wie auch die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften. In angespannten Wohnlagen werden wir daneben ein zeitlich befristetes Mietmoratorium einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Außerdem werden wir bauen: 400.000 neue Wohnungen jedes Jahr. Und 100.000 davon öffentlich gefördert. Das wirkt dauerhaft am besten gegen steigende Mieten. Ich setze mich in Berlin für den Bau von Azubi- und Studierendenwohnheimen ein.

Uwe Schneider (CDU)

Mir ist es wichtig, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, denn der beste Mieterschutz ist und bleibt ausreichender Wohnraum. Daher setzt die CDU nicht auf rechtlich fragwürdige und ungeeignete Eingriffe, wie den Mietendeckel, sondern packt das Problem an der Wurzel. Nur wenn das Wohnungsangebot steigt, können Mieten stabil bleiben. Unser Ziel ist, dass bis 2025 in Deutschland mehr als 1,5 Millionen neue Wohnungen entstehen. Wir führen unsere Wohnraumoffensive fort und setzen auf eine starke Wirtschaftsbranche, gute Bedingungen und Wertschätzung für unser Handwerk und die Freien und Planenden Berufe. Als Investitionsanreiz werden wir die derzeit befristeten Abschreibungsmöglichkeiten beim Mietwohnungsbau verlängern. Derjenige, der neue Mietwohnungen schafft, soll auch nach Ende 2021 fünf Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten zusätzlich von der Steuer absetzen können. Planungs- und Genehmigungsverfahren werden wir beschleunigen und gemeinsam mit den Ländern Umsetzungshemmnisse abbauen. Wir wollen die Anzahl der Bauvorschriften signifikant verringern. Ein Bauantrag für Wohnimmobilien soll regulär zwei Monate nach vollständiger Vorlage aller notwendigen Unterlagen abschließend bearbeitet sein – andernfalls gilt er grundsätzlich als genehmigt. Zu guter Letzt - wir wissen: Der Platz in Großstädten ist endlich. Deshalb gehört zu einer ehrlichen Baupolitik auch, ein tragfähiges Konzept für die Metropolregion Hamburg, das nicht an der Landes- und Stadtgrenze endet. Das Umland muss gestärkt werden – vor allem durch eine starke Anbindung an Bus und Bahn sowie eine moderne Grundversorgung vor Ort.



Mit steigender Inflation und höheren Ansprüchen an eine Wohnung wird es jedes Jahr teurer, eine Wohnung in Hamburg zu mieten, vor allem für Studierende. Was würden Sie für bezahlbare Wohnungen in Hamburg tun?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Wir setzen uns für den Mietendeckel ein. Er ist das zentrale Instrument um den Mietpreiswahnsinn zu stoppen. Wir fordern ein Sonderprogramm für den Neubau von Wohnheimplätzen und die Wiederverankerung der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau im Grundgesetz. Mit unserem Hochschulsozialpakt wollen wir mehr Geld für bezahlbare Wohnheimplätze bereitstellen. In Hamburg wollen wir den Drittmix beim Neubau zugunsten des sozial geförderten Wohnungsbaus bis hin zu 100 Prozent verändern um endlich die Wohnungen zu bauen die in Hamburg benötigt werden: finanzierbare Wohnungen. Die städtische SAGA/ GWG wollen wir darauf verpflichten sich nicht mehr am Mietenspiegel und damit an regelmäßigen Mieterhöhungen zu orientieren. Die Bereitstellung von städtischem Grund und Boden soll nur noch in Erbpacht erfolgen. Das senkt die Baukosten und damit die Mietpreise. Die Sozialbindung von Wohnungen darf nicht auslaufen oder muss signifikant verlängert werden. Hamburg braucht mehr soziale Erhaltungsverordnungen um Quartiere vor der Gentrifizierung zu schützen.

Metin Hakverdi (SPD)

Eine Wohnung zu finden wird in vielen Lagen zu einer immer größeren Herausforderung. Wir werden daher bezahlbaren Wohnraum erhalten und neuen schaffen. Dazu werden wir alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Kommunale Wohnungsunternehmen und Genossenschaften, aber auch private Wohnungsunternehmen und Vermieterinnen und Vermieter, die sich einer sozialverträglichen Vermietung verpflichtet fühlen, sollten dabei sein wie auch die Bauwirtschaft und die Gewerkschaften. In angespannten Wohnlagen werden wir daneben ein zeitlich befristetes Mietemoratorium einführen, das bedeutet: Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Außerdem werden wir bauen: 400.000 neue Wohnungen jedes Jahr. Und 100.000 davon öffentlich gefördert. Das wirkt dauerhaft am besten gegen steigende Mieten. Ich setze mich in Berlin für den Bau von Azubi- und Studierendenwohnheimen ein.



Wie könnte die WG-Kultur gefördert werden, um auch in Neubaugebieten existent zu sein?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Wir unterstützen projektbezogene Ausschreibungen für Bauprojekte. Dabei wollen wir alternativen Wohnprojekten eine Teilhabe an solchen Ausschreibungen erleichtern. D.h. der Bewertungskatalog für die Projektbewerbungen muss entsprechend angepasst werden um eine stärkere Berücksichtigung solcher Projekte zu ermöglichen.

Wie beurteilen Sie das aktuelle Gesundheitssystem? Sind Sie der Meinung, dass dort etwas geändert werden soll und wenn ja, was und wie wollen Sie dies umsetzen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Das aktuelle Gesundheitssystem ist marode und über die Jahre immer weiter in eine Zweiklassenmedizin abgerutscht. Das Personal wird nicht fair bezahlt, die Personalplanung ist nicht bedarfsgerecht und die Privatisierungen im Gesundheitsbereich haben dazu geführt, dass Gesundheitswesen ein ganzes Stück weit weg von öffentlicher Daseinsvorsorge hin zu einem gewinnorientierten Wirtschaftsbereich zu transformieren. Das gilt es wieder ‚gerade zu biegen‘. Wir wollen Privatisierungen im Gesundheitswesen zurücknehmen und nicht gemeinnützig arbeitende Krankenhäuser und Pflegebetriebe in Gemeineigentum überführen, Krankenhäuser und Pflegekonzerne werden von der Börse genommen und die Bezahlung im Gesundheits- und Pflegebereich endlich fair gestalten und neues Personal in der Größenordnung von 100.000 Pflegekräften jeweils in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einstellen. Wir wollen eine solidarische Gesundheitsversorgung schaffen, in die alle einzahlen. In unterversorgten Bereichen schaffen wir regionale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung.

Wie gut funktioniert das aktuelle Krankenhaussystem Ihrer Meinung nach? Muss sich da etwas ändern und wenn ja, was soll dort geändert werden und wie wollen Sie dies erreichen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Teilweise habe ich das ja bereits mit der vorherigen Frage beantwortet. Wir brauchen eine gute, flächendeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende Gesundheitsversorgung. Krankenhäuser, die nicht gemeinwohlorientiert arbeiten müssen in Gemeineigentum überführt werden. Gesundheit ist keine Ware und Gewinne aus dem Krankenhausbetrieb dürfen nicht entnommen werden. Es ist eine staatliche Aufgabe die Gesundheitsinfrastruktur bedarfsgerecht zu finanzieren. Mit erweiterten Planungsrechten der Bundesländer gegenüber Krankenhausträgern und der Förderung kommunaler Krankenhausverbände wollen wir den gemeinnützigen Betrieb von Krankenhäusern befördern. Mit der Abschaffung der Fallpauschalen wollen wir dafür Sorge tragen, dass der individuelle Gesundheitsbedarf wieder im Vordergrund steht. Im Beschäftigungssektor möchten wir eine gesetzliche Personalbemessung für alle Berufe in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen einführen. Jeweils zusätzlich 100.000 Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen und eine pauschale Anhebung des Grundgehalts um 500 Euro sorgen für einen Stopp des Pflegenotstands.



Wo sehen Sie die Grenze zur Überwachung der Bevölkerung?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Es gibt da zwar Grauzonen, aber der Datenschutz muss Priorität haben. D.h. keine Vorratsdatenspeicherung, Bestandsdatenauskunft oder Onlinedurchsuchungen, nichtindividualisierte Funkzellenabfragen, Späh- und Lauschangriffe, Rasterfahndung oder die allgegenwärtige Videoüberwachung.

Warum gehen Sie nicht vehement gegen die zunehmende Überwachung aller Menschen in Deutschland vor

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ich finde, dass sich DIE LINKE durchaus engagiert gegen die Einschränkung demokratischer Rechte einsetzt und gerade auch in Fragen die überbordende Überwachung betreffen. Das ist jetzt allerdings nicht besonders schlagzeilenträchtig. Wir unterstützen Organisationen bei deren Klagen gegen einschränkende Bestimmungen. So hat u.a. die LINKE Verfassungsbeschwerde gegen die Polizeigesetze von Bayern und Sachsen eingelegt und eine Beschwerde gegen das Polizeigesetz NRW angekündigt, die Verfassungsbeschwerde gegen das Polizeigesetz Hamburgs oder auch die Verfassungsbeschwerde gegen das BND-Gesetz hat die LINKE unterstützt. In Hamburg hat DIE LINKE eine Klage gegen die Gefahrengebiete erwogen. Gerade zu diesem lokalen Thema gab es in Hamburg seitens der Linksfraktion eine engagierte Kampagne, als einziger Bürgerschaftsfraktion. Schlußendlich fiel die Regelung zu Gefahrengebieten erst Ende 2016, trotz eines Gerichtsentscheid in 2015 gegen die Bestimmung des Hamburgischen Polizeirechts.

Grundsätzlich muss ich aber festhalten, dass Klagen immer sehr aufwändig sind und Kapazitäten (weniger geldlich als personell) binden, die dann in der Fraktionsarbeit (einer kleinen Fraktion) fehlen. Deshalb ist die Unterstützung und (öffentliche) Begleitung von Klagen von NGOs gegen Überwachungsregeln eine zumeist praktikablere Lösung.

Wie stehen Sie zu dem Staatstrojaner, welcher von SPD und CDU/CSU beschlossen wurde?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Wir lehnen ihn ab. Die Ablehnung des Staatstrojaners hat auch ihren Eingang in unser Wahlprogramm gefunden.



Setzen Sie sich für die Schließung der Militärbasis Ramstein ein, wodurch laut vielen Berichten völkerrechtswidrige Tötungen ermöglicht werden?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ein kurzes Zitat aus unserem Wahlprogramm beantwortet die Frage eindeutig: „Einsatz und Steuerung von Kampfdrohnen aus der Militärbasis in Ramstein durch die US-Armee wollen wir endlich stoppen. Kein Drohnenkrieg von deutschem Boden! Ramstein und die anderen US-Militärbasen in Deutschland müssen geschlossen werden.“

Setzen Sie sich für den Abzug aller Atomwaffen von deutschem Gebiet ein?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ja. Wir wollen den sofortigen Abzug aller US-Atomwaffen und deren Vernichtung. Ebenso lehnen wir die indirekte Beteiligung Deutschlands durch die Bereitstellung von Kampfflugzeug-Trägersystemen für die US-Atomwaffen ab. Wir wollen auch die nukleare Teilhabe Deutschlands innerhalb der NATO beenden und den Atomwaffenverbotsvertrag der UN unterzeichnen.

Werden Sie und Ihre Partei die Zusage Deutschlands für das 2%-Ziel der Nato widerrufen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ja - wir halten die Prioritätensetzung auf das 2-Prozentziel für falsch. Stattdessen fordern wir eine jährliche Absenkung der Militärausgaben.



Sind die Probleme der Bundeswehr auf Unterfinanzierung basiert, wenn andere Staaten absolut gesehen ein viel geringeres Verteidigungsetat haben und trotzdem auf größtenteils funktionierende Ausstattung zurückgreifen können?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Das Ausrüstungsdesaster der Bundeswehr liegt m.E. in einem völlig falschen Beschaffungsprozess. Statt mit Sonderwünschen und fehlendem Hinterfragen von Kostensteigerungen, die die Kosten, die Qualität und die Lieferfristen letztendlich zur Karikatur eines Beschaffungsprozesses werden lassen muss es ein kritisches Hinterfragen und Opt-Out-Regeln bei Bestellungen geben. Beschaffungen der Bundeswehr lassen allzu oft Fragen nach Firmeninteressen und Lobby-Arbeit der Rüstungsindustrie aufkommen.

Wie gedenken Sie Deutschland und die Bundeswehr sicher gegen Drohnenangriffe zu machen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Brauchen wir eine spezielle Sicherung gegen den Angriff mit Kampfdrohnen, wenn die Bundeswehr auf Auslandseinsätze verzichtet? M.E. ist das nicht notwendig und im Fall von UN-Missionen ohne Kampfauftrag erscheint mir auch eine solche Fähigkeit nicht notwendig. Und im Fall der von mir nicht gewünschten Fälle, eines Kampfeinsatz der Bundeswehr im Rahmen einer multinationalen und von einem UN-Mandat gedeckten Kampfeinsatzes sollte dies im Rahmen der eingesetzten internationalen Streitkräfte eine multinationale Aufgabe sein.

Wie stehen Sie und Ihre Partei dazu, Sanktionen, die die Zivilbevölkerung betreffen, zum Beispiel in Staaten wie Iran oder Kuba. Setzen Sie sich dagegen ein und warum?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Wie stehen Sie und Ihre Partei dazu, Sanktionen, die die Zivilbevölkerung betreffen, zum Beispiel in Staaten wie Iran oder Kuba. Setzen Sie sich dagegen ein und warum?



Wie schaffen Sie es bei Unstimmigkeiten und festgefahrenen Diskussionen, trotzdem noch gemeinsam mit den anderen Fraktionen im Bundestag eine Lösung auf den Weg zu bringen?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Sorry, da muss ich passen. Ich kann nur aus meiner Erfahrung in der Bürgerschaft Mutmaßungen anstellen. Grundsätzlich ist da Kommunikation hilfreich, die fällt aber fast durch die Bank dem Gegensatz Regierungskoalition/ Opposition zum Opfer. Von ‚gemeinsam‘ ist da keine Rede. Eher wird, mit Zeitverzug, ein Antrag der Opposition in leicht geänderter Form von der Regierungskoalition neu eingebracht – natürlich als eigener Antrag. Das ist zwar ein etwas unvollständiger gemeinsamer Weg, aber immerhin.

Warum werden Arbeitskräfte in Deutschland so selten wertgeschätzt? Hintergrund: Es zählt nicht das Können, sondern das Zertifikat, welches vorgewiesen werden kann; Praktika sind im Vergleich zu anderen Ländern nicht oder unterbezahlt; Arbeitskräfte werden abgezockt bei Lohnverhandlungen. Dies alles gilt sowohl für Akademiker*innen, als auch für non-Akademiker*innen.

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Ganz generell treten wir für guten Lohn für gute Arbeit ein. Wir setzen auf verbesserte Arbeitsbedingungen, u.a. auf den Einstieg in eine 30 Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Wir wollen Tarifverträge wieder stärken und mehr allgemeinverbindlich erklären. Das Lieferkettengesetz möchten wir auch um soziale Aspekte, wie z. B. Lohn- und Sozialstandards erweitern. Und wir wollen die Rolle der Gewerkschaft wieder stärken und Union-Busting stoppen. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, die gegen Arbeitsrecht oder Betriebsverfassungsgesetz verstossen wollen wir schärfer verfolgen und Betriebsräte im Fall von Union Busting bei deren erstmaliger Wahl auch durch Arbeitsgerichte einsetzen lassen.



Was sind die Pläne, um die Digitalisierung weiter voranzutreiben? Die Stadt Hamburg ist mit ihrem Serviceportal <https://serviceportal.hamburg.de/> HamburgGateway/ auf Landesebene schon ein Stück weit gekommen. Wie sieht es mit einem Digitalministerium aus? Wie geht die IT-Konsolidierung auf Bundesebene weiter?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Vornweg stehen die Chancen der Digitalisierung für viele Lebens- und Arbeitsbereiche zu sehen. Es ist für mich allerdings unabdingbar, dass die Digitalisierung eine Verbesserung der Lebensverhältnisse bringen muss und nicht zu einer weiteren Spaltung führt. Dazu muss überhaupt der gleichwertige Zugang (sowohl finanziell wie physisch) zu einer digitalen Infrastruktur gewährleistet werden. Als Basis für eine solche inklusive Digitalisierung wollen wir die Infrastruktur, als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge, in öffentliche Hand überführen. Das stadteigene Glasfasernetz für Schulen zeigt, dass es Möglichkeiten gibt, die aber nicht genutzt werden. Was den Ausbau von Angeboten im Rahmen der Digitalisierung angeht würde ich dafür plädieren die IT-Projekte der Stadt organisatorisch zu straffen und, neben dem Dienstleister Dataport, auch wieder in den Behörden und Bezirksämtern IT-Kenntnisse aufzubauen. Das kann tendenziell zu kürzeren Realisierungszeiten, einem verteilterem KnowHow und Einhaltung des Kostenrahmens führen. Nach wie vor werden IT-Projekte als eine Art ‚Wünsch Dir was‘ projektiert und in ihrer Anforderungsphase zu häufig ‚nachjustiert‘. Allerdings ist Hamburg, nach sehr schmerzlichen Erfahrungen, auf einem langsamen, aber guten Weg.

Bei der Frage eines Digitalisierungsministeriums würde ich mal schreiben ‚Kann man machen, muss man aber nicht‘. Ich glaube ein solches Querschnittsministerium führt zu immensen Mehraufwänden und als reines Koordinierungsgremium der eigentlich für die Digitalisierung zu befähigenden Einzelministerien, ist es eher Wasserkopf als Beförderer. Ich sehe da eher eine Struktur wie in Hamburg, mit einer zentralen Koordinierungsstelle, als zukunftssträchtiger an.

Uwe Schneider (CDU)

Nahezu alle Gesetze verlangen etwas von Bürgern, Behörden oder Unternehmen. Die dazu notwendige Kommunikation, also der Austausch von Informationen und Unterlagen, muss digital erledigt werden können – beispielsweise zwischen den Behörden, wenn es um die Ausstellung von Dokumenten wie dem Reisepass geht oder wenn ein Bürger Informationen an die Rentenversicherung senden muss. Die Digitalisierungstauglichkeit von Gesetzen muss am Anfang stehen. Wir werden einen Digital-TÜV vor die Gesetzesberatung setzen. Die zentrale Koordination dafür wird das neu zu schaffende Digitalministerium übernehmen.



Wie stehen Sie zu Korruptionsvorfällen in der deutschen Politik oder Ihrer Partei? Die Maskenaffäre (CDU/CSU), Aserbaidtschan-Affäre (CDU/CSU) oder die Lobbyismus-Affäre um Philipp Amthor (CDU) sind Fälle in naher Vergangenheit.

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Mehr Transparenz ist überfällig. Wir brauchen die genaue Offenlegung von Nebeneinkünften und von Lobbykontakten. Wir brauchen ein Verbot für Abgeordnete Spenden anzunehmen und ein Verbot für Parteien Unternehmensspenden, auch als Sponsoring, anzunehmen. Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Die Auswirkung solcher Affären auf die Demokratie und den positiven Bezug zu ihr bei den Bürgerinnen und Bürgern, ist verheerend und befördert Parteienverdruss und abnehmende Akzeptanz demokratischer Institutionen.

Im Bundestag gibt es (de facto) eine Fraktionsdisziplin, Sie "müssen" also in der Regel nach der Linie Ihrer Partei abstimmen. Wie werden Sie trotzdem dafür sorgen, dass nicht nur die Interessen Ihrer Partei, sondern auch konkret die Ihres Wahlkreises umgesetzt werden?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Fraktionsarbeit ist auch immer der Versuch einen Ausgleich zu finden zwischen Fach- und Ortsinteressen. Das geht von der Kommunal- über die Landes- bis hin zur Bundesebene. Das bedeutet natürlich zusätzlichen Aufwand, um über die eigenen Fachthemen hinaus auch Auswirkungen von Beschlüssen anderer Fachbereiche auf den eigenen Wahlkreis zu bewerten. Grundsätzlich sehe ich aber zwischen den Interessen der Partei und denen des Wahlkreises keinen Widerspruch – im Gegenteil. Ich werde ja für Ziele der Partei gewählt und kann nicht ganz ausschließen, dass irgendwann zu Widersprüchen kommt, die ich aber nicht für unauflösbar halte. Ein Beispiel wäre jetzt der Ausstieg aus der Kohle und die Interessen der Wahlkreise mit Kohleindustrie. Falls es tatsächlich zu einer solchen Situation käme, bliebe im Bundestag tatsächlich nur die (seltene) Freigabe der Abstimmung oder das abweichende Votum, wie gerade erst beim Afghanistan-Rettungseinsatz. Eine solche Entscheidung müsste mit den Bürgerinnen und Bürgern und den Parteiorganisationen des Wahlkreises zuvor aber abgestimmt werden.



Inwieweit wollen Sie die Interessen des Stadtteils vertreten? Welche Rolle spielen da allgemein die Universitäten und konkret die TUHH?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Der Wahlkreis besteht ja aus insgesamt 33 Stadtteile, zwei Bezirken plus Wilhelmsburg/Veddel. Um diese strukturell sehr unterschiedlichen Stadtteile vertreten zu können muss die Wahlkreisarbeit stark betont und der Kontakt in die Stadtteile institutionalisiert werden. Im Wahlkreis liegen mit der TUHH und der HAW (Campus Bergedorf) zwei große Hochschulen. Beide sind ein wichtiger Teil der Entwicklung für die jeweilige Umgebung. Sie befördern StartUps und Forschung – wichtige Bausteine für eine Entwicklung der jeweiligen Bezirke. Deshalb würde die TUHH natürlich in mir einen Ansprechpartner und Transmissionsriemen für die Vertretung ihrer Interessen, der Lehrkräfte und der Studierenden, haben.

Metin Hakverdi (SPD)

Wir brauchen viel Geld für Investitionsförderungen, Forschungsvorhaben (auch zur Stärkung der TUHH und des Forschungsstandortes Harburg insgesamt), bezahlbaren Strom und Wasserstoff. Bei diesen Jahrhundertaufgaben muss uns der Bund nachhaltig finanziell unterstützen. Wir müssen Harburg konsequent als Forschungs- und Wissenschaftsstandort weiterentwickeln. Das ist ein wichtiger Grundstein für künftige Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Zukunft unseres Bezirks. Dafür setze ich mich in Berlin ein.



Was hebt Sie von der letzten Regierung ab?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Man braucht zwar auch geschützte Räume für inhaltliche Besprechungen, aber der Mangel an Transparenz und Verständigung wäre für mich nicht vertretbar. Ich wäre auch nicht bereit Regierungsarbeit weiterhin Hand in Hand mit den Lobbyverbänden der Industrie zu betreiben. Ganz persönlich wären mir wechselnde Mehrheiten viel lieber als die statischen Zielvereinbarungen eines Koalitionsvertrags, aber da sind wir noch lange nicht.

Was ist Ihre Traumvorstellung von Deutschland in 100 Jahren?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Eine Gesellschaft in der alle Menschen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Staatsbürgerschaft oder Religion, sich gleich entfalten können, keine Existenzängste haben und sich ihren persönlichen Vorlieben entsprechend entwickeln und einbringen können. Es wäre eine Gesellschaft in der Faschismus, Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Islamophobie, Militarismus (und es könnte noch weiter gehen mit der Aufzählung) aus dem täglichen Leben verbannt wurden. Es wäre eine Gesellschaft, in der der Unterschied zwischen Arm und Reich keine Rolle mehr spielt und in der Profitinteressen keine Entscheidung mehr beeinflussen. Es wäre also zumindest kein Kapitalismus mehr.



Was sind die größten Herausforderungen der nächsten Legislaturperiode?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Schon allein aus meiner jetzigen Position heraus ist das für mich die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens. Wenn in der nächsten Legislaturperiode nicht unumkehrbare Pflöcke eingestoßen werden, dann werden wir das notwendige Ziel für die Klimaneutralität bis 2025 verfehlen, wir werden der jüngeren Generation dann tatsächlich Einschränkungen auferlegen, die nicht mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vereinbar sind. Wir müssen gleichzeitig dafür Sorge tragen, dass Klimaschutz ohne soziale Spaltung (arm/reich, jung/alt) umgesetzt wird, um mit einer gesellschaftlichen Akzeptanz dann auch umgesetzt werden zu können.

Metin Hakverdi (SPD)

Der Erhalt und Ausbau von Arbeitsplätzen im klimabedingten Strukturwandel, der Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs um unsere Klimaziele zu erreichen und entsprechende Klimaanpassungsmaßnahmen für die Sicherheit unserer Deiche sind neben einer Vielzahl weiterer Themen, aus meiner Sicht die größten Herausforderungen in der nächsten Legislaturperiode.



Was verstehen Sie unter Selbstliebe? Welche Bedeutung hat der Begriff in Ihrem Leben?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Das musste ich jetzt in Wikipedia nachschlagen. Ich will jetzt aus der dortigen recht kurzen Erläuterung nicht zitieren. Insofern hat der Begriff auch keine Bedeutung in meinem Leben. Ich könnte allerhöchstens mit einem (laut Erklärung nicht deckungsgleichen) Selbstwertgefühl aufwarten, wobei ich das nie verabsolutieren würde und immer in Relation zur Fremdsicht stellen würde.

Wenn irgendwann einmal bei Ihrer Bestattung eine Laudatio auf Ihr Leben gehalten wird, was möchten Sie, dass dann über Sie gesagt wird?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Na ja, es sollte kurz sein und ich würde mich dann darüber gefreut haben wenn die Betonung darauf läge, dass nicht alles umsonst gewesen ist und ich vielleicht dem oder der einen oder anderen vielleicht etwas auf den Weg mitgeben konnte den ich nun nicht mehr mitbegleiten werde.

▼ **Now the English questions** ▼



Most sectors in Germany like banking, insurance, radio etc., using paper excessively for communication with their customers, creating new businesses and in various other scenarios. This behavior contributing to environment degradation and pollution. Will it be possible to switch to more digital forms and reducing the usage of paper overall?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

Digitization is a process that continues to progress - but it is not an end in itself. Many aspects must be ensured. The right to informational self-determination, the freedom from interference and the security of the process must be ensured just as much as the immutability of the data. The digital infrastructure must not be allowed to become a weak point in processes as a result of external attacks. Just recently, it has become clear again how vulnerable processes that run completely digitally are. I think digitization will continue to advance, but it must meet all the necessary framework conditions.

What are policies for foreign graduates of TUHH regarding visa and job? In recent times many well qualified grads left Germany just because Auslanderbehörde is making ridiculously hard to get blue card or job visa for candidates who is getting even 45/46k euro salary offer. Will there be any special scheme to give citizenship faster to engineers like Canada or Japan?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

(Same answer as for question 28) As Left Party, we advocate comprehensive visa liberalization as well as an open and solidarity-based immigration law that is no longer based on the criteria of origin or economic usability. This means that everyone has the right to live and work in Germany for as long as he or she wishes - and thus the right to a German passport. This applies not only to engineers, but also to any other professional group. In addition, it should become easier for refugees to take up studies. To this end, additional study places must be created, and educational qualifications acquired abroad must be recognized quickly and unbureaucratically. This will also make it easier for engineers to continue their education or find employment without having to take a break or an intermediate examination. Taking up a course of study must also ensure a right to stay.

Currently in Germany, the taxing starts for the yearly income more than €9,744 and stops at 45% for income starting €274,613. Will it be possible to increase the tax slabs further beyond this yearly income (€274,613) may be up to 55% and push the no tax slabs further beyond €9,744?

Stephan Jersch (DIE LINKE)

We want to start taxation at 14,400 euros and increase the tax rate to 53% for amounts above 70,000 euros income and income above 260,000 euros should be taxed at 60% from this amount and at 75% for everything above 1 million euros.